

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: S.W. 66, Cindencstraße 3  
Telefon: Dönhoff 202 - 203  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin S.W. 66, Cindencstraße 3  
Telefon: Dönhoff 2506-2507

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Das Zentrum lehnt ab.

### Wenigstens das „vorgesehene“ Kabinett Luther. — Aber es wird weiter verhandelt.

Nach einer vierstündigen Beratung hat die Zentrumsfraktion des Reichstages am Sonntag gegen 9 1/2 Uhr abends einen einstimmigen Beschluß gefaßt, der eine Beteiligung an der geplanten Regierung Luther ablehnt. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Die den Vertretern der Zentrumsfraktion am 11. Januar in den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Luther übermittelten Erklärungen ermöglichen es der Zentrumsfraktion nicht, sich an dem vorgesehene Kabinett zu beteiligen.“

Aus dem Wortlaut dieses Beschlusses ergibt sich zunächst, daß eine grundsätzliche Bereitschaft des Zentrums zur aktiven Mitarbeit an einer Regierung Luther wenigstens bestanden hat. Diese Bereitschaft wandelte sich jedoch in einstimmige Ablehnung, nachdem Luthers Erklärungen bekannt geworden waren. Diese „Erklärungen“ befaßten sich in erster Linie mit der Außenpolitik und der Besetzung bestimmter Ministerien. Sie suchten in starkem Maße eine Annäherung an die Deutschnationalen an und lassen den Wunsch erkennen, diese aktiv an dem Kabinett Luther zu beteiligen. Das würde ein ausgesprochenes Rechtskabinett bedeuten. Die Zentrumsfraktion lehnt aber die Mitarbeit an einem ausgesprochenen Rechtskabinett nach wie vor ab. Das soll der Sinn des Sonntagbeschlusses sein. Dagegen ist die Fraktion unter Umständen bereit, sich an einer Regierung der Mitte auch unter Führung von Dr. Luther zu beteiligen.

Luther will heute auf der Grundlage des Zentrumsbeschlusses keine informativischen Besprechungen über die Regierungsbildung fortsetzen.

Bevor die Zentrumsfraktion am Sonntag ihren entscheidenden Beschluß faßte, hatten die Abgeordneten Fehrenbach, Joos und Stegerwald mit Dr. Luther verhandelt. Sie legten ihm u. a. die Frage vor, wie die Deutschnationalen zur Verfassung und zum Reichspräsidenten stehen. Auf diese Frage hat Luther im Namen der Deutschnationalen eine Erklärung abgegeben, die vom Zentrum als ungenügend betrachtet wird. Abgesehen davon haben die Unterhändler des Zentrums erklärt, daß auch eine Neutralität gegenüber einem Kabinett Luther mit Deutschnationalen nur möglich ist, wenn alle politischen Voraussetzungen im Sinne der bisherigen Politik klar erfüllt sind.

Dr. Luther selbst beabsichtigt, dem Zentrum im Eventualfall zwei Ministerien und zwar neben dem Reichsarbeitsministerium das Innenministerium zu überlassen. Die Deutschnationalen sollen drei Sitze erhalten, darunter das Finanzministerium mit Hergt. Für die Bayerische Volkspartei ist ebenfalls ein Sitz vorgesehen, während die Volkspartei zwei Mitglieder stellen soll, unter denen sich natürlich der unentbehrliche Stresemann befindet. Aber selbst wenn das Zentrum sich mit den grundsätzlichen Fragen im Sinne des Herrn Luther abfinden würde, dann wäre eine Regierung Luther immer noch keine Wirklichkeit; denn der Macht hunger der Deutschnationalen ist zu groß, als daß er sich im Reich mit drei Ministerposten ohne Beteiligung an der Regierung in Preußen abfinden ließe. Wert legen die Deutschnationalen vor allem auf Preußen. Ihre Antrigen im Reich sind nur Geplänkel, um ihren Sturm auf Preußen zu verdecken. Dort wollen sie das Zentrum mürbe machen. Deshalb die Verleumdungskampagne im ganzen Reich gegen die Parteien der Weimarer Koalition, deshalb die Angriffe auf einzelne Zentrumsabgeordnete und Minister, deshalb die Reproduktion gestochener Aktenstücke — alles, um das Zentrum in Preußen auf den Weg der Volkspartei zu drängen. Aber ob das Zentrum auch einen Stresemann ausbringt, bleibt immer noch fraglich.

Die Zentrumsfraktion dürfte trotz der Zermürbungstaktik nicht ohne weiteres völksparteiliche Sprünge machen können. Selbst Leute wie Borck und Herold sind der Auffassung, daß eine Beteiligung an einer Rechtsregierung unmöglich ist. Schließlich aber sprechen auch eine Reihe persönlicher Gründe für diese Haltung. Es ist schon eine starke Zustimmung, daß das Zentrum heute unter Luther sich an einer Rechtsregierung beteiligen solle, nachdem sein „angesehener und vertrauenswürdigster Führer“ in vollster Übereinstimmung mit seiner Fraktion selbst die Bildung einer ähnlichen Regierung abgelehnt hat? In der Tat spielte dieser Gedanke in der Sonntagssitzung der Zentrumsfraktion eine wichtige Rolle.

Ein Nachrichtenbureau weiß über die Verhandlungen über die Regierungsbildung noch zu berichten: Die Verhandlungen über die Kabinettsbildung wurden den ganzen Sonntag über fortgesetzt, ohne indes zu einem Resultat zu führen. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hätte am Sonntag Besprechungen mit verschiedenen Parteiführern, insbesondere mit dem Zentrumsmitglied Fehrenbach, dem er die Bedingungen der Deutschnationalen übermittelte. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, soll bei dieser Unterredung der Reichsfinanzminister zum Ausdruck gebracht haben, daß die deutschnationalen Fraktion entsprechend ihrer Stärke mit vier Sitzen im Kabinett rechnen. Noch bevor das Zentrum seinen ablehnenden Beschluß gefaßt hatte, war der im Reichstag versammelte Vorstand der

Deutschnationalen Reichstagsfraktion auseinandergegangen; ebenso hatte der im Reichstag den ganzen Tag über anwesende Dr. Luther bereits das Haus verlassen, so daß von vornherein mit einem Abschluß der Kabinettsbildung am Sonntag abend nicht mehr zu rechnen war. Durch den Beschluß des Zentrums ist nun wiederum eine neue Situation geschaffen.

Da der Beschluß des Zentrums ausdrücklich sagt, daß es der Zentrumsfraktion nicht möglich sei, sich an dem „vorgesehenen“ Kabinett zu beteiligen, so wäre sehr wohl denkbar, daß Finanzminister Dr. Luther andere Vorschläge zu machen hätte, die dem Zentrum annehmbar erscheinen könnten.

Der Vorstand der deutschnationalen Reichstagsfraktion hatte sich am Sonntagnachmittag bereits mit der Personenfrage beschäftigt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, hätten die Deutschnationalen gegen die Besetzung des Innenministeriums mit dem Abg. Wallraf nichts einzuwenden gehabt. Auf das Finanzministerium, für das der Abg. Hergt genannt wurde, dürften die Deutschnationalen dagegen keinen entscheidenden Wert legen.

Im Reichstoge versammelte sich heute 10 Uhr vormittags der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages und entsandte als Unterhändler zu Dr. Luther, der ebenfalls frühzeitig im Reichstagsgebäude erschienen war, die Abgeordneten Fehrenbach, Stegerwald, Herold und Joos. Die Verhandlungen dauern zur Mittagsstunde noch an. Die Fraktionsitzung des Zentrums, die über etwaige formulierte Vorschläge die Entscheidung zu treffen hat, ist für 4 Uhr nachmittags einberufen. Andere Fraktionen halten heute keine Sitzungen ab.

Wie die U. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, verhandelt Reichsfinanzminister Dr. Luther um die Mittagsstunde mit den Vertretern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Bei den Verhandlungen Dr. Luthers mit dem Zentrum am Vormittag gaben die Zentrumsexponenten ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß im gegenwärtigen Augenblick ein Kabinett mit fraktioneller Bindung nicht möglich sei. Es komme nur ein sogenanntes überparteiliches Übergangskabinett in Frage.

## Was wird in Preußen?

Die preußische Regierung wird am Dienstag in einer Kabinettsitzung die Formulierung der am Mittwoch vor dem Landtag abzugebenden Erklärung vornehmen. Diese Erklärung dürfte inhaltlich und teilweise auch im Wortlaut kaum abweichen von dem Programm, das der Ministerpräsident Braun anlässlich der Bildung der Großen Koalition in Preußen vor dem Parlament entwickelte.

Die Volkspartei wird infolgedessen kaum in der Lage sein, einem positiven Mißtrauensvotum zuzustimmen. Diese Auffassung wird auch von einem Teil ihrer Anhänger vertreten. Sie hat deshalb einen Antrag eingebracht, der auf eine Mißtrauenserklärung verzichtet, aber feststellt, daß die Regierung die verfassungsmäßige Grundlage nicht besitzt. Neben der Volkspartei werden nur die Deutschnationalen und Böhlschen für diesen Antrag stimmen, während sich die Wirtschaftspartei der Stimme zu enthalten gedenkt und die beiden Polen gegen den völksparteilichen Antrag stimmen wollen. Die Kommunisten haben inzwischen einen positiven Mißtrauensantrag eingebracht, der die „Governing-Regierung“ allerlei böser Taten beschuldigt und für den weder die Volkspartei noch die Deutschnationalen stimmen können. Selbst wenn sie sich dieser Blamage hingeben würden, dürfte ein Sturz der Regierung Braun nicht möglich werden.

## Sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt am Dienstagvormittag um 11 Uhr zur Erörterung der politischen Lage zusammen; um 2 Uhr nachmittags wird eine Fraktionsitzung folgen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Die Regierung des freistaates Bayern hat dem Bayerischen Landtag den Entwurf eines Mantelgesetzes samt einem Konkordat mit der katholischen Kirche und Verträgen mit den evangelischen Kirchen vorgelegt. Diese, dem Bayerischen Landtag zur Genehmigung vorgelegten Verträge verlegen in mehrfacher Hinsicht die Reichsverfassung. Ist der Reichsregierung diese Tatsache bekannt? Was gedenkt sie zum Schutz der Reichsverfassung zu tun?

## Vollziehung des Reichstags.

Mittwoch 4 Uhr.

Die Plenarsitzung des Reichstages ist auf Mittwoch nachmittags 4 Uhr einberufen worden. Auf die Tagesordnung hat der Präsident vorläufige Anträge aus dem Hause gesetzt, darunter einige schließliche Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete, einen Antrag von Rheinbaben (D.V.) auf Veränderung der Geschäftsordnung in bezug auf die kleinen Anträge, einen Antrag Schüding (Dem.) auf Wiedereinführung des Untersuchungsausschusses für die Kriegsschuldfrage und einen sozialdemokratischen Antrag in bezug auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Ansetzung der Regierungserklärung bleibt noch vorbehalten.

## Provisorium oder Zollkrieg?

### Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Die in Paris zwischen den Vertretern der deutschen und der französischen Regierung geführten Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages sind über den toten Punkt, auf dem sie sich am Jahresende festgefahren hatten, nicht hinausgekommen. Von französischer Seite wurde ein Provisorium vorgeschlagen, das die Lücke zwischen dem durch den Versailler Frieden geschaffenen Zustand und der endgültigen Regelung ausfüllen soll. Dieses Provisorium ist von Deutschland abgelehnt worden. In einem Teil der deutschen Presse wird nun verlangt, daß die deutsche Regierung die Verhandlungen abbrechen und es auf einen Zollkrieg mit Frankreich ankommen lassen solle. Diese Forderung wird besonders von jener Presse aufgestellt, die von der Schwerindustrie ausgeht. Man behauptet dort, daß Deutschland einen Zollkrieg mit Frankreich nicht zu fürchten habe, daß dagegen Frankreich darauf drängen müsse, den Zollkrieg mit Zugeständnissen an Deutschland zu beenden. Wir werden gleich sehen, aus welchem Grunde gerade die Schwerindustrie diese Forderung erhebt.

Schon die bisherige Art der Verhandlungen mit Frankreich hat zu einer außerordentlichen Bevorzugung der Schwerindustrie geführt. Man kann sagen, daß der Deutsche Rohstoffverband auf deutscher Seite der bestimmende Faktor gewesen ist, und daß dagegen die Interessen der verarbeitenden Industrie zurückgedrängt, die Interessen der Verbraucher und der Arbeiter überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Während auf französischer Seite fünf Vertreter der Gewerkschaften an den Verhandlungen beteiligt sind, hat man es auf deutscher Seite bisher nicht für notwendig gefunden, die Vertreter der Arbeiterorganisationen zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Es braucht gewiß nicht verschwiegen zu werden, daß auch in Frankreich die Hochschulzöller die Oberhand zu behalten wünschen, und daß man die Einfuhr bestimmter deutscher Industrieerzeugnisse vom französischen Markt fernhalten sucht. Aber die Fehler, die auf der anderen Seite begangen werden, dürfen uns nicht blind machen für den Schaden, den ein kleiner Interessentenkreis in Deutschland an der deutschen Wirtschaft und damit am deutschen Volke anzurichten im Begriffe ist.

Um der deutschen verarbeitenden Industrie die vom Deutschen Rohstoffverband verlangte Erhöhung des Eisenzolles von 10 auf 15 M. Schmachhaft zu machen, wollen die Schwerindustriellen ihren Ausfuhrern, soweit sie für den Export arbeiten, besondere Ausfuhrprämien zuführen. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung seiner Werke hat Herr Peter Rißner behauptet, daß über derartige Vereinbarungen mit der Fertigungsindustrie bereits verhandelt werde, und daß sie zu einem günstigen Ergebnis führen dürften. In Wirklichkeit ist es dazu noch nicht gekommen. Es hat sich schon vor dem Kriege gezeigt, daß das System der Ausfuhrprämien den Schaden nicht entfernt wiedergutmachen kann, den die weiterverarbeitende Industrie durch hohe Eisenzölle erleidet; außerdem entsteht die Gefahr, daß die anderen Industrieländer die Ausfuhrprämien zum Vorwand nehmen würden, um Dumpingmaßnahmen gegen Deutschland zu verhängen. Die Verquickung der geforderten 50prozentigen Zollserhöhung auf Rohstoffe mit der Einführung von Ausfuhrprämien will der Deutsche Rohstoffverband, also eine kleine Gruppe von Schwerindustriellen, nur benutzen, um sich die Alleinherrschaft auf dem deutschen Markt zu sichern. Um noch ihrem Guldünken die Presse im Inlande diktieren zu können, verlangen die Schwerindustriellen noch dazu, daß der gesamte Abfall des auf Grund des fünfjährigen Handelsvertrages eingeführten Rohesens lediglich durch ihre Hand gehen solle. Zu der einen Gefahr, daß dadurch die Schwerindustrie auf dem inneren Markt eine geradezu diktatorische Stellung erlangen würde, gefüllt sich noch die andere, daß die Schaffung von Hochschulzöllen in Deutschland jene Kreise in England stärken müßte, die die Beseitigung des Freihandelsystems anstreben.

Die deutsche Regierung hat sich gegen den von französischer Seite erhobenen Vorwurf gewandt, daß auf ihr Konto die Verschleppung der Verhandlungen zu setzen sei, und daß sie den vertragslosen Zustand als Druckmittel in der Frage der Räumung der Kölner Zone benutzen wolle. Die deutsche Regierung steht dieser Vermutung von Politik und Geschäft fern. Die Tatsache aber ist nicht zu bestreiten, daß die schwerindustriellen Kreise auf den Abbruch der Verhandlungen hindrängen. So schrieb die „Deutsche Bergwerkszeitung“ in ihrer Ausgabe vom 7. Januar:

„Nach Lage der Dinge ist also damit zu rechnen, daß nach dem 10. Januar der Zollkrieg zwischen Deutschland und Frankreich da ist. Die deutsche Industrie kann der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegensehen. Frankreich hat ein bedeutend größeres Interesse an dem Zustandekommen eines Handelsvertrages als Deutschland. Es bleibt darauf angewiesen, für die ihm zugewiesene lothringische Industrie Abfall zu schaffen. Das natürliche Abfallgebiet für die dortige Mehrerzeugung ist Deutschland. . . Die französische Industrie mag nun zusehen, wie sie in Zukunft ihre überschüssige Produktion an Erzen, Rohstoffen, Halbzeug und anderen Fabrikaten unterbringt. Die deutsche Industrie ist auf diese Einfuhr durchaus nicht angewiesen. Die Gefahr, daß nach dem 10. Januar am deutschen Eisenmarkt eine Knappheit, vor allen Dingen an Halbzeug eintreten könnte, ist nicht sehr groß.“

Wenn die Schwerindustriellen von der deutschen Industrie sprechen, so meinen sie damit sich selbst. Nur sie und vielleicht noch die Weinbauinteressenten und die Textilindu-



gebungen gestattet würden. Außerdem dürfe die Presse des besetzten Gebietes über die Kundgebungen nur rein referierend berichten, Kommentare zu den Reden seien unerwünscht. Die Versammlungen waren sehr stark besucht; die sozialdemokratische Versammlung, die nachmittags im großen Saale des Volkshauses stattfand und in der Beigeordneter Meerfeld sprach, war überfüllt. Der Redner unterließ nachdrücklich, daß die innenpolitische Entwicklung in Deutschland mit dazu beigetragen habe, den Gegnern Deutschlands Wasser auf die Mühle zu liefern. Stark kritisiert werden müsse vor allem das völkerrassenpolitische Verhalten des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, der im Lande Reden für den Bürgerblock gehalten habe, statt, wie es seine Pflicht gewesen wäre, diplomatische Schritte der deutschen Regierung wegen der Räumung Kölns frühzeitig zu unternehmen. Folgende Entschließung fand in der sozialdemokratischen Versammlung einstimmige Annahme:

„Die Sozialdemokratische Partei Kölns beklagt es aufs tiefste, daß die nördliche Zone des besetzten Gebietes nicht, wie im Friedensvertrag vorgesehen, am 10. Januar geräumt worden ist. Die Aufrechterhaltung der Befehle über den vereinbarten Zeitpunkt hinaus ist eine schmerzliche Enttäuschung aller Friedensfreunde. Sie erschwert die Völkerveröhnung aufs äußerste und gefährdet überdies die Durchführung der Dawes-Gesetze. Zugleich spricht die Sozialdemokratische Partei ihre Entrüstung über diejenige Partei aus, die in der Zeit neuer, schwerer außenpolitischer Gefahren durch die Schaffung eines Bürgerblocks den Kampf gegen die Arbeiterklasse zum obersten Grundföhr der inneren Politik machen. Durch diesen hasserfüllten Kampf, der zugleich ein Kampf gegen die Republik und die Demokratie ist, wird nicht allein das Mißtrauen der Gegner Deutschlands wiederum mach gerufen und ihr Widerstand gegen die Völkerveröhnung gestärkt, sondern auch die nach außen gerichtete politische Einheitsfront im besetzten Gebiet verbrecherischerweise gesprengt.“

### Einigung auf der Finanzkonferenz.

**Dawes-Plan für Amerika nach Sättigung Belgiens.**  
Paris, 12. Januar. (Eigener Bericht.) Die Interalliierte Finanzkonferenz ist zu einer Einigung gelangt sowohl in der Frage der belgischen Priorität als auch über die amerikanische Forderung auf Beteiligung an den deutschen Jahreszahlungen aus dem Dawes-Plan. Die Konferenz stellte fest, daß die belgische Priorität bis auf 120 Millionen Goldmark getilgt sei. Solange Belgien diesen Betrag nicht erhalten hat, wird es nach wie vor 6 Proz. von den Durchschnittsjahreszahlungen erhalten. Ab wann soll, voraussichtlich in zwei Jahren, der belgische Anteil auf 4 1/2 Proz. herabgesetzt werden. Die verbleibenden 3 1/2 Proz. werden den Vereinigten Staaten zugewiesen, die auf diese Weise ihre Reparationsforderungen allmählich getilgt sehen werden. Die amerikanischen Belastungskosten sollen außerdem in 26 Jahren zu 50 Millionen Goldmark jährlich zurückerstattet werden.

#### Die interalliierte Schuldentage

stand zwar nicht auf der offiziellen Tagesordnung, sie wurde jedoch privat zwischen den Finanzministern Churchill-England und Clémentel-Frankreich besprochen. Churchill soll erklärt haben, England verlange von seinen Schuldnern, von Deutschland also in erster Linie, die Zahlung von 14 200 Millionen Goldmark, die den Gegenwert der englischen Schuld in den Vereinigten Staaten darstelle. Wenn der englische Anteil an den deutschen Zahlungen auf etwa 8 Milliarden veranschlagt wird, so werden die übrigen englischen Schuldner, d. h. Frankreich, Italien, Rußland usw. etwa 6 Milliarden zu zahlen haben. Davon würden auf Frankreich etwa 3 Milliarden entfallen. Churchill hat seine Vorschläge nicht schriftlich formuliert. Es wird angenommen, daß über die Schuldentage bald weiter verhandelt wird.

#### Mächte mit begrenzten Interessen.

d. h. der Balkanstaaten, Polens und der Tschechoslowakei, wichen darauf hin, daß weder Deutschland noch Ungarn ihnen bis jetzt ihre Reparationen bezahlt hätten, sie stellten daher die Forderung auf Beteiligung an den deutschen Jahreszahlungen. Da jedoch eine Aenderung des in Spaa beschlossenen Verteilungsschlusses von der Konferenz abgelehnt worden war, so werden diese Wünsche wohl nicht erfüllt werden können.

Es handelt sich hierbei um Forderungen, die einige Teile der ehemaligen Habsburger Monarchie, von denen höchstens winzige Teile der tschechoslowakischen Gebiete Kriegszone gewesen sind, gegen jene weitere Nachfolgestaaten erheben, die durch die Friedensverträge schon zur Unfähigkeit des Lebens ohne fremde Hilfe verdammt sind!

### Kurswechsel in Washington.

**Rücktritt des Staatssekretärs Hughes.**  
New York, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Hughes, wird am 4. März von seinem Amt zurücktreten. Als Nachfolger kommt der jetzige amerikanische Botschafter in London, Kellogg, in Frage. Als aussichtsreiche Kandidaten für den Posten des amerikanischen Botschafters in London gelten Mc Cormick und der frühere Ernährungsminister Hoover.

Der Rücktritt Hughes' ist in erster Linie auf die vom Staatsdepartement neuerdings angebotenen englisch-amerikanischen Annäherungen zurückzuführen. Hughes hat in den letzten Jahren in erster Linie drei Thesen vertreten, und zwar 1. scharfe Bekämpfung der außenpolitischen Aktivität und der großstaatlichen Politik Japans; 2. Ausschluß Sowjetrußlands aus der Völkergemeinschaft; 3. Amerika muß, gestützt auf starke Machtmittel, eine Außenpolitik verfolgen, die von jeder Bindung an andere Länder frei ist.

Diese Thesen standen der englisch-amerikanischen Annäherung im Weg. Der frühere Ernährungsminister Hoover und der amerikanische Botschafter in London, Kellogg, haben daher wiederholt eine Nachprüfung der amerikanischen Politik in dem Sinne gefordert, ob Amerika die Politik des schrittweisen Wiederaufbaues auf rein wirtschaftlichem Gebiet fortsetzen oder eine Politik der Isolierung, wie sie der Auffassung Hughes' entspricht, führen soll. Präsident Coolidge schloß sich dieser Auffassung an und es erhob sich bald ein Sturm gegen Hughes, der mit der Ueberrumpfung des Warfishes im Auswärtigen Ausschuß des Senats durch Senator Borah begann. Borah entwarf in Uebereinstimmung mit Coolidge ein Programm, das im starken Widerspruch zu den Thesen Hughes' steht. Die Reise Lord Robert Cecil's nach Washington ist ebenfalls ein Vorstoß gegen Hughes und hängt mit der Neuorientierung der englisch-amerikanischen Politik zusammen. All das hat den Staatssekretär Hughes veranlaßt, nunmehr zum 4. März auf sein Amt zu verzichten und es für den amerikanischen Botschafter in England als Vertreter der neuen Politik freizumachen.

**Innenminister a. D. Jarres** hat am Sonnabend von Hamburg aus mit dem Lloyd-Dampfer „Trier“ eine Reise nach Genua angetreten.

### Die neuen Verkehrsunfälle.

Die Unfälle, die kurz hintereinander auf der Autobuslinie 1 unter den Ständen-Haltestellen sich ereigneten und zum Teil schwere Opfer gefordert haben, sind von der Abweisung 2 des Polizeipräsidenten unter Leitung des Regierungsdirektors Dr. Mosler zum Gegenstand eingehender Beratungen und Konferenzen gemacht worden. Man hat sich endlich dahin geeinigt, der Autobuslinie 1 eine andere Linienführung zu geben. Von Publikum und Presse ist dieses bereits wiederholt geordert worden. Wie wir erfahren, besteht der Plan, der noch der Genehmigung des Polizeipräsidenten bedarf, die Linienführung der Omnibusse in Zukunft wie folgt zu regeln: Auf dem Hinwege fahren die Wagen in südlicher Richtung, d. h. also von der Heide-Strasse, und auf dem Rückwege in nördlicher Richtung, d. h. durch die Königin-Augusta- und von der Heide-Strasse. Auf diese Weise wird vermieden, daß die Wagen sich am Schöneberger Ufer kreuzen. Um diese Linienführung zu ermöglichen, werden die genannten Straßen bis auf weiteres (später wird eine besondere Verordnung darüber ergehen) für Einbahnstraßen erklärt werden, d. h. also für Straßen, in denen der Verkehr nur in einer Richtung freigegeben ist.

Es ist vorauszusetzen, daß die Anwohner dieser Straßen, weil sie sich durch diese Verfügung galdährig fühlen, Protest dagegen erheben werden. Natürlich kann, wenn es gilt, in Zukunft schwere Verkehrsunfälle zu vermeiden, nicht darauf Rücksicht genommen werden, daß die Bewohner einer Straße eine etwas ungünstigere Verkehrsverbindung erhalten. Dagegen ist dabei auf ein anderes und wichtigeres Moment Rücksicht zu nehmen, und das betrifft die Pflasterung der Straßen. Von der Heide-Strasse und Königin-Augusta-Strasse haben ein sogenanntes leichteres Pflaster, das im Kriege wegen der damals herrschenden großen Schwierigkeiten angelegt werden mußte, ein leichteres Pflaster, das den schweren Automobilunfällen nicht lange standhalten kann. Die Regierungsdirektor Mosler uns auf unsere Anfrage indessen mitteilte, hat man mit dem Berliner Magistrat bereits Verhandlungen wegen Anlegung eines stärkeren Pflasters gepflogen, und der Magistrat hat sich in jeder Richtung entgegenkommend gezeigt. Auch die Bedeutung am Schöneberger Ufer, die, worauf an dieser Stelle vor einiger Zeit hingewiesen ist, zu wünschen übrig läßt, soll nun endlich verbessert werden. Der Führer des Autobusses, der am Sonnabend abend verunglückte, hat übrigens, das sei bei diesem Zusammenstoß noch besonders betont, einen nach jeder Richtung zuverlässigen und einwandfreien Eindruck gemacht. Er ließ sich nicht durch die Unfälle erschrecken.

Dagegen ist nicht zu verkennen, daß nach Ansicht von Herrn Regierungsdirektor Dr. Mosler die Schuld an den Unfällen an Berliner Verkehr zum großen Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Automobile zu schnell fahren. Leider hat es bisher nicht verhindert werden können und Einrichtungen der Technik geben keine Handhabe dafür, daß der Führer eines Automobils, wenn er am Abend durch zu schnelles Fahren Unheil angerichtet hatte, das Licht hinter der Transparenttasche, die die Nummer anzeigt, abstellt. Er konnte infolgedessen in der Dunkelheit immer unerkannt entkommen, und auf diese Weise ist es dem Führer des Automobils, der den Autobus 1 am Sonnabend abend angefahren hat, auch möglich gewesen, das Weite zu suchen, ohne ergriffen zu werden. Straßen, die auf das Ausschalten des Lichtes hinter der Transparenttasche geachtet sind, haben nicht viel adios. Daher hat man, wie Dr. Mosler uns mitteilt, mehrfach Konferenzen und Besprechungen gehabt mit Vertretern der Technik, um festzustellen, ob es nicht möglich ist, das Ausschalten des Lichtes hinter der Transparenttasche zu verhindern. Es liegt zu erwarten, daß diese Bemühungen von Erfolg begleitet sein werden und daß man demnächst technische Vorkehrungen treffen wird, um das Licht nicht sofort wieder ausschalten zu können.

Vermutlich bleibt allerdings, daß man nicht früher schon an solche Maßnahmen gedacht hat.

#### Weitere Ermittlungen zu dem Dönnewiger Mord.

Am 2. Januar wurde in der Nähe des Dorfes Dönnewitz bei Rüterbog, wie bereits mitgeteilt, die Leiche eines etwa 25jährigen Mannes gefunden, der offensichtlich einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Die Leiche war an dem Rande einer dem Amtsvorsteher Thiele gehörigen Strohmiete (Schober, Diemen) unter Strohbündeln verborgen. Die Leiche ist am Ende eines einsamen Feldweges, einige 100 Meter von der Kreis- und Provinzialgrenze entfernt, unter der Hochspannung Leitung Golpa gelegen. Die Leiche weist besonders am Kopf und Hals auffällig zahlreiche Hieb- und vor allem auch Stichwunden auf. Außerdem führt ein Schußkanal etwa vom linken Schulterblatt herüber in die Lunge, wo ein 7-Millimeter-Geschoss gefunden wurde. Die Kleidung des Toten bestand u. a. aus zwei dunkelgrünen Jacken und außerdem einem graugestreiften Jackett. Nach den neuesten Ermittlungen kann der Tote mit einem Sohn des Heizers Löwe aus Lützenwalde identisch sein; dieser Sohn war in Lützenwalde oder Werbig (Kreis Rüterbog) als Gefangenführer in Stellung. Die Staatsanwaltschaft in Potsdam ist mit der Aufklärung des Verbrechens beschäftigt und ersucht alle diejenigen, die etwa verdächtige Wahrnehmungen gemacht haben, sich umgehend entweder bei der Staatsanwaltschaft in Potsdam (R. J. 625), Kaiser-Wilhelm-Str. 8, oder beim Polizeipräsidenten Berlin Unt. 4 oder beim Landrat in Rüterbog zu melden. Der Regierungsdirektor in Potsdam hat zur Aufklärung des Verbrechens eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

#### Staatliche Begrüßungsfeier.

Zu Ehren des in Berlin weilenden Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation, Professor Dr. Weizmann, veranstaltete die Berliner Zionistische Vereinigung gemeinsam mit ähnlichen zionistischen Jugendorganisationen Berlins im Theater des Westens eine Begrüßungsfeier. Das Theater war dicht gefüllt; auf der Bühne bildeten die Jugendverbände einen Halbkreis um die mit den zionistischen Farben Blau-Weiß geschmückte Tafel, an der der mit lautem Beifall begrüßte Präsident sowie die Vorstandsmitglieder Platz genommen hatten. Gesang eröffnete die Feier; danach dankte Dr. Bloch dem Präsidenten für sein Erscheinen und ließ für den Nationalfonds sammeln. Der Vorsitzende, Kurt Blumenfeld, sprach dann über den Aufbau Palästinas, der eine Verbindung zwischen allen Juden der Welt herstellen und den Anfang neuer jüdischer Geschichte bedeuten soll. Es ist, meinte er, die dritte Heimkehr der Juden, deren Wand auf sie warte, um das in Liebe gezeugen werden müsse. Palästina für das jüdische Volk zu fordern, auf Grund von Recht, nicht aus Duldung, ist das Verdienst des Präsidenten, der der wahre Repräsentant der jüdischen Bewegung ist, deren konstruktive Aufgabe aktive jüdische Politik sei, die die Konzentration aller Kräfte erfordere. Das neue Geschlecht, sagte er weiter, will frei sein für diese Aufgabe; es ordnet sich ein in das große Pionierwerk Weizmanns. Als Vertreter der zionistischen Jugend behandelte schließlich Werner Bloch die Entwicklung der jüdischen Jugendbewegung sowie ihre Aufgaben. Dr. Weizmann richtete ein paar innerliche Worte an die Festversammlung, die zum Schluß ihre Nationalhymne sang.

Noch immer verschwunden. Vermißt wird seit dem 29. Dezember der Restaurator Otto Höppler aus der Begosstraße zu Friedenau. Höppler lernte an jenem Abend in der „Regina“ am Kurfürstendamm, die er mit einem Freunde besuchte, zwei Mädchen kennen und begleitete diese nach der Trebbiner Straße. Eines der Mädchen ließ ihn nachts um 2 Uhr aus dem Hause wieder heraus. Seitdem hat man trotz aller Nachforschungen keine Spur mehr von ihm gefunden. Die Firma, bei der Höppler angestellt war, hat jetzt auf seine Ermittlung eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

### Mord in der Gneisenaustroße.

#### Die Persönlichkeit der Toten noch nicht ermittelt.

Ein Kapitalverbrechen an einer unbekanntem Frau wurde am morgen kurz nach 7 Uhr auf dem Grundstück Gneisenaustroße 74 entdeckt. Es ist das das große Gelände der früheren Kafertne de 2. Gardebrigade, das von der Bismarckstraße begrenzt wird. Nach der Gneisenaustroße zu liegen zwei ehemalige Stallgebäude, die jetzt anderen Zwecken dienen. Das ganze Grundstück ist ummurt und durch ein großes Eisentor zugänglich. Es wird von zwei Nachtwächtern, die sich ablösen, bewacht.

Der Wächter Wille trat in der Nacht um 1 Uhr seinen Dienst an. Während er sonst bis 8 Uhr bleibt, ging er heute schon um 7 Uhr weg. Kurz vor 7 Uhr kamen die Arbeiter der dort befindlichen Heizungsanlagenwerke. Sie sahen noch nichts. Bald darauf aber entdeckte eine Reinigungsfrau in einem Winkel, den das eine der Stallgebäude mit einem Drohturm bildet, eine weibliche Leiche liegen. Sie machte die anderen Leute darauf aufmerksam, und man rief die Polizei des 10. Reviers. Die Kriminalbeamten des Reviers entdeckten an der Leiche, die noch warm war, schwere Schädelerkennungen und benachrichtigten daraufhin die Nordkommission. Die Aufnahme des Befundes ergab, daß die Unbekannte in der neu erbauten Garage ermordet worden ist. Der Mörder schleifte die Leiche an den Fuß des Drohturms etwa 10 Schritte weit weg. Dann machte er einen Augenblick Halt und überlegte wohl, ob er nach rechts oder nach links weitergehen sollte. Er entschied sich für die Richtung nach rechts und schaffte die Leiche in den Winkel, wo sie gefunden wurde. Die ganze Schleifspur ist etwa 50 Meter lang. An mehreren Stellen, so auch auf einem Guldbüchel und an einer Bordkurve, fand die Kriminalpolizei Gehirnmasse und Knochenreste aus dem mit roher Gewalt zertrümmerten Schädel. Die Ermordete, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, ist etwa 25 Jahre alt und 1,60 Meter groß. Sie hat dunkelbraunes Haar und trug ein dunkelgrünes Jackett, einen Rock aus demselben Stoff, einen Blütenhalter, weiße Wäsche, schwarze Strümpfe und schwarze Schuhe. Wie sie auf das Gelände gekommen ist, bedarf noch der Aufklärung. Es wird jetzt ein Diensthund angeleitet, um alle Spuren zu verfolgen.

#### Zerstückelung furchtbarer Verletzungen.

Die Leiche der Ermordeten, deren Persönlichkeit auch jetzt noch nicht festgestellt ist, wurde im Laufe des Vormittags von dem Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Störmer besichtigt und vorläufig untersucht. Sie hat am Kopf so furchtbare Verletzungen, daß das Gesicht nicht zu beschreiben ist. Zwei Finger breit über dem rechten Ohr sieht ein furchtbarer Schlag von einem stumpfen Werkzeug. Das Gehirn ist hier herausgetreten. Das Gesicht weist schwere Stiche auf. Die Nase ist zertrümmert. Der Oberkiefer ist zum Teil zerstückelt, ein Goldzahn ist eingeschlagen. Unter dem linken Auge zeigt sich ein ziemlich tiefer Stich. Ueber der Nasenwurzel ist Gehirn aus einer schweren Schlagwunde herausgetreten. Auch die rechte Stirnseite hat einen wichtigen, die Knochen zertrümmerten Schlag erhalten. Das Verbrechen ist in der neu erbauten Garage von Max Cohn verübt worden, und zwar in einem geschlossenen Szawa-Wagen, der dort steht. Im Wagen muß ein schwerer Kampf stattgefunden haben. Das Fußpedal ist hoch gehoben, der Federbein mit Blut bedeckt. Die Sitze sind mit Sand bedeckt, augenscheinlich von Fußtritten. Blutspuren zeigen sich an verschiedenen Stellen des Wagens unter ihm eine große Blutlache. Unter dem Wagen wurde auch ein 2 1/2 Pfund schwerer Hammer gefunden, der frisch gewaschen ist. Nachdem der Mörder die Leiche an den Fundort geschleift hatte, legte er die Schleifspure zum Teil mit einem Besen ab, um seine Fußspuren auszuwischen. Durchschimmerndes Blut zeigt aber noch den Weg. Das weiße Lakenstück der Toten hat kein Zeichen. In einer Tasche des Jacketts fand man eine Eintrittskarte, eine Karte für das gestrige Eröffnungsrennen der Auto-Paläste, in der anderen eine Bilette zum Kaiserhof, die das Gewicht der Toten auf 54 Kilogramm feststellt. In der Mittagsstunde wurde der Chauffeur des Garagenbesizers, ein 21 Jahre alter Otto Wille aus Friedrichsfelde auf der Reiterwache eingehend vernommen, ebenso der Wächter Josef Troll aus Lichtentode.

**Zusammenstoß zwischen Personenzug und Personenzug.** Am gestrigen Sonnabendmorgen 5 Uhr fuhr auf der Kreuzung der Chaussee Prenzlau-Pasewalk der Streda Tempin-Prenzlau zwischen den Bahnhöfen Prenzlau und Prenzlau-Borsdorf das Personenzug 1 B 3373 dem Personenzug 258 zwischen Potsdam und ersten Wagen, der mit einer Achse entsetzte. Von den fünf Achsen des Autos ist lebensgefährlich verletzt der Chauffeur Braun, leichter verletzt sind Fräulein Hedwig Korr, Fräulein Elze Korr, der Besitzer des Wagens, Herr Korr, und ein Herr Henkel, sämtlich aus Prenzlau.

**Parteinachrichten für Groß-Berlin**  
Einrichtungen für diese Rubrik sind stets an das Geschäftssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

7. Kreis Charlottenburg, Sonnabend, 7. Uhr, wichtige Sitzung der Abteilungsleiterinnen der Arbeitervereine, Wannsee 2, pünktlich.

- Morgen, Dienstag, 13. Januar:**
- 11. Kreis Schöneberg, Zeitungskommissionssitzung an der bekannten Stelle.
  - 14. Abt. 8 Uhr, Funktionärsitzung bei Gilmers, Tautbacher Str. 11.
  - 20. Abt. Beginn der allgemeinen Funktionärskonferenz findet die Abteilungsleiter am Dienstag statt.
  - 22. Abt. Der allgemeinen Funktionärskonferenz wegen findet die Abteilungsleiter am Dienstag an der bekannten Stelle statt.
  - 120. Abt. 7 1/2 Uhr, Wählervereinsversammlung im Lokal Schabe, Sellner Str. 17, Tagesordnung: 1. Die politische Lage (Reisner); 2. Sonstige; 3. d. h. h. 2. Berichtlesen. Gütige Frauen zum Referat eingeführt werden.

### Sport.

#### Eröffnungsrennen am Kaiserdamm.

Die neue Radrennbahn am Kaiserdamm konnte am gestrigen Eröffnungstage Massenbesuch verzeichnen. Nur die obersten Reihen der Kurven waren leer. Die Bahn selbst, die über 200 Meter führt, stellt eine ideale Anlage dar. Das Eröffnungsprogramm hatte eine erstklassige Besetzung erfahren.

Das Hauptinteresse beanspruchte der „Preis der Nationen“. Hesteps (Holland), Kaufmann (Schweden), Lorenz und Kütt als Vertreter der deutschen Nation waren hier die Kampfer. In sechs Runden liefen die Fahrer gegeneinander über je vier Runden (800 Meter). Hesteps gewann hierbei drei, Kaufmann zwei Runden und Lorenz einen Lauf. Kütt belegte dreimal den zweiten Platz. Im fünften Laufe der Fahrer wieder sein schickliches Rennen. Im zweiten Treffen fanden sich die vier Fahrer in einem 6-Runden-Rennen (1200 Meter) zusammen. Hesteps machte diesmal einen Reifenschied einnahm, was eine einmalige Streckenrennen zur Folge hatte. Die vorletzte Runde benötigte Kaufmann dazu, auszuweichen. Hesteps war doch hinterher, doch konnte er Kaufmann nicht überholen. Den dritten Lauf belegte Kütt vor Lorenz. Im Entscheidungstriefen, ein Punktrennen über 20 Runden, gewann Lorenz die erste Werbung vor Kaufmann, Kütt und Hesteps. Die zweite Werbung hatte sich dann der Kaufmann vor Kütt und Hesteps. Die dritte Werbung gewann Hesteps, während die vierte überaus bemerkenswerte. Hesteps hat als Sieger sich. In die Schlusswertung doppelt gewertet wurde, belegte Kütt im Gesamtergebnis den vierten Platz. Amletter wurde Hesteps (20 P.), Kütt (18 P.) und Lorenz (16 P.). Die 18 Punkte hatte im Punktefahren über 30 Runden jeweils das Schwedenrennen Hesteps und Kaufmann in jedem Rennen mit je 8 Punkten. Dritter wurde Kütt (6 P.), vierter Hesteps (4 P.). Das 100-Runden-Punktefahren für Amateure brachte gleich einleuchtend einen klaren Sieger. Hesteps (Schweden) machte mit der Behre den größten Vorsprung, während Lorenz (Schweden) am schnellsten blieb. Sieger blieb Hesteps (Schweden) in 30 Min. 01 Sek. (1 P.) vor M. C. C. (Schweden) (30 Min. 02 Sek.) und Hesteps (Schweden) (30 Min. 03 Sek.). Diese drei Fahrer hatten das ganze Feld überundet. Dritter wurde eine Runde zurück, D. C. C. (Schweden) mit 14 P., des „Hesteps“ (Schweden) (30 Min. 04 Sek.) über 100 Kilometer von 8 bis nach 12 Uhr hin. Es folgten mit 21 Punkten vor Hesteps (20 P.), Lorenz (18 P.), Kütt (16 P.). Zeit: 2 Stunden, 34 Min., 15 Sek.

